

Rede des Präsidenten der IHK Düsseldorf

Andreas Schmitz

Neujahrsempfang 2025

am 13. Januar 2025 im Maritim-Hotel Düsseldorf

(Es gilt das gesprochene Wort!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Vielen Dank den „Swinging funfares“, die mit „Allez, Allez, Allez – Stadt mit D“ genau den richtigen Ton für das vor uns liegende Jahr gesetzt haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie alle – und ich betone: alle - auf das Herzlichste zu unserem IHK-Jahresempfang 2025. Und obwohl das neue Jahr schon fast zwei Wochen alt ist, wünsche

ich Ihnen und Ihren Familien und Freunden darüber hinaus ein gesundes, erfolgreiches, aber vor allem friedvolleres Jahr 2025.

Lassen Sie mich in diesem Jahr mit einem Zitat von Ferdinand Lasalle beginnen: "Alle große politische Aktion besteht im Aussprechen dessen, was ist. Alle politische Kleingeisterei besteht in dem Verschweigen und Bemänteln dessen, was ist."

Die letzten Jahre haben die politischen Lebenslügen der Deutschen schonungslos offengelegt, denen ein Großteil unserer Gesellschaft, Politik, aber auch der Wirtschaft verfallen war. Gescheitert war mit Russlands Überfall auf die Ukraine eine Energiepolitik, die unser Land abhängig machte von

russischem Gas. Gescheitert war der Versuch, eine Pendeldiplomatie zwischen Russland und Amerika zu etablieren und das ehemalige Sowjetreich an Europa heranzuführen. Gescheitert war eine Verteidigungspolitik, die in erster Linie darauf setzte, dass Deutschland von Freunden umgeben war, und erst in zweiter Linie auf eine schlagkräftige Armee. Gescheitert ist - zumindest bis dato - auch der Versuch, ein wirtschaftlich starkes, politisch halbwegs einiges und unabhängiges Europa zwischen den baldigen Kombattanten USA und China zu platzieren. Als gescheitert darf man auch eine Politik betrachten, die auf immer mehr Staat und Schulden setzt, um strukturelle Probleme abzumildern, statt sie abzutragen. Gescheitert scheint auch der deutsche Weg in eine klimaneutrale Transformation zu sein,

der nur theoretisch in eine strahlende Zukunft führt, praktisch aber in die Deindustrialisierung. Es reicht eben nicht, einfach nur Zeiträume vorzuziehen und ständig unrealistische Ziele für die Dekarbonisierung vorzugeben, statt Leitplanken zu setzen und auf den heilsamen Wettbewerb des Marktes zu vertrauen.

Gescheitert ist auch – zumindest empfinde ich das so – die Politik der Brandmauer, die statt die Sorgen und Nöte seiner Bürgerinnen und Bürger in die Handlungsfähigkeit des Staates insbesondere in Fragen der Migration ernst zu nehmen, sich eher darauf konzentrierte, die AfD auszugrenzen, anstatt sie bei den wesentlichen Fragen für unsere Gesellschaft im Diskurs zu stellen. Die Folge: Man hat sie nicht groß geredet, sondern groß geschwiegen. Bitte verstehen Sie mich richtig: Eine

Partei, die den Sündenbock im Wappen führt, ist für mich alles andere als eine Alternative für Deutschland. Aber wenn der Eindruck entsteht, dass die etablierten Parteien nur vom Abwehrkampf gegen den Populismus leben, wird das Vertrauen eher sinken als wieder steigen. Es ist nun mal die Verantwortung von Politik und Gesellschaft, unsere Demokratie nicht nur abstrakt zu loben, sondern sie selbst in schwierigem Fahrwasser durch Lösungskonzepte mit Leben zu erfüllen und zu stärken.

Und wäre es des Scheiterns nicht schon genug, ist nun auch unsere Regierung gescheitert. Der Traum der selbsternannten „Fortschrittskoalition“ währte nur kurz. Seinen Höhepunkt erreichte der Traum, dass

die Koalition ihren Aufgaben gewachsen sein könnte, in dem Moment, in dem Kanzler Scholz im deutschen Parlament eine „Zeitenwende“ ausrief. Aber wie heißt es schon im ersten Johannesbrief: „Nicht an ihren Worten, sondern an ihren Taten soll man sie erkennen.“

[Kurze Sprechpause]

Eine Strategie für den Neustart eines Landes, dessen Koordinatensystem sich quasi über Nacht verschoben hatte, gab es nie. Die Ampelkoalition war vielmehr ein Wühltisch, dessen vermeintliche Sonderangebote die Bürgerinnen und Bürger am Ende noch teuer zu stehen kommen.

Zur Wahrheit gehört aber auch, dass vieles auch ein Erbe Angela Merkels und der von ihr geführten Vorgängerregierungen ist. Sie präsierte einer goldenen Ära der Hochkonjunktur, obwohl ihre Wirtschaftspolitik eher ambitionslos war.

Ich möchte hier betonen, dass sich viele der vorgenannten Punkte nicht alleine auf der Bundesebene abspielen, sondern auch Bestandteile der Landes- und Kommunalpolitik sind. Von den Auswirkungen des Kohleausstiegs für NRW bis zur Finanzierung der Migrations- und Integrationskosten für die kommunalen Strukturen. Insofern freue ich mich, dass die stellvertretende Ministerpräsidentin und Wirtschaftsministerin, Mona Neubaur, sowie Oberbürgermeister Dr. Stephan Keller und Landrat

Thomas Hendele heute unsere Gäste sind und sicherlich vielen Punkten der Analyse folgen werden, selbst wenn sie in der politischen Bewertung möglicherweise zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen werden. Aber so ist Demokratie, und das ist gut so!

Lieber Oberbürgermeister Dr. Keller, im letzten Jahr haben Sie viel richtig gemacht, wenngleich noch die ein oder andere Aufgabe wie z. B. Sauberkeit der Stadt oder der zunehmende Wohnungsmangel ihrer Lösung harret. Was den in der letzten Woche verliehenen Titel der „Stauhauptstadt Deutschlands“ angeht, würde ich mich nicht allzu sehr grämen, sondern weiter an einer verbesserten Verkehrsinfrastruktur arbeiten. Mein subjektives

Empfinden würde ohnehin den Titel an unsere dysfunktionale Bundeshauptstadt vergeben. Was ich Ihnen aber trotz oder gerade wegen rekordverdächtiger Gewerbesteuerereinnahmen nicht ersparen kann, ist mein Sparappell, den Sie – wie vom alten Cato – sicherlich auch erwartet haben. Ich rufe Ihnen daher auch in diesem Jahr zu: „Den Haushalt ruiniert man in guten Zeiten.“ Die jüngsten, aus meiner Sicht aus der Zeit gefallen Forderungen des Deutschen Beamtenbundes und Verdis stehen bereits als Menetekel an der Wand.

Ihnen, lieber Landrat Hendele, wünsche ich, dass Sie den Kreis Mettmann für Ihre restliche Amtszeit so wie Sie es in den zurückliegenden 25 Jahren getan haben, mit ruhiger Hand durch ein angesichts der

schwierigen Haushaltslage nicht einfacher werdendes Fahrwasser steuern werden.

Aber zurück zum Thema: Es mag wohl keiner ernsthaft bestreiten, dass unser in Stagnation gefangenes Land neue Impulse braucht.

Man kann Deutschlands Situation mit der eines Strömungsabrisses vergleichen: ein Phänomen, das die Piloten am meisten fürchten. Das Flugzeug sackt ab und zerschellt am Boden, sofern nicht die richtigen Gegenmaßnahmen eingeleitet werden. Besonders die deutsche Wirtschaft ist von diesem Strömungsabriss betroffen. Nach einem unglaublich langen Aufschwung fehlt plötzlich die Luft unter den Tragflächen.

Aber was sind nun die richtigen Gegenmaßnahmen?

Nicht mehr und nicht weniger als eine radikale

Neuausrichtung der deutschen Wirtschaftspolitik und

Staatsausgaben. Auf dieser Reformbaustelle wurde

seit der Abwahl Gerhard Schröders im September

2005 nicht mehr richtig gearbeitet. Niemand traute

sich, die Ausgaben den Einnahmen sowie die

Vielzahl der gesellschaftlichen Ansprüche den

begrenzten ökonomischen Möglichkeiten

anzupassen. Nur mit einem Fokus hin zu mehr

Investitionen in Verteidigung, Bildung, Klimaschutz

und Infrastruktur kann der Standort Deutschland jetzt

wieder attraktiv, das Wachstum wieder in Gang und

die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft

wiederhergestellt werden. Und machen wir uns nichts

vor, die Problemlage ist gewaltig: Viele Themen müssen parallel adressiert werden, weil außerhalb unseres deutschen Kosmos strukturelle Verschiebungen im Gange sind, durch den Rückbau der Globalisierung und neue technologische Herausforderungen, denen die deutsche Wirtschaft bis dato nur wenig entgegenzusetzen hat.

Deutschlands Geschäftsmodell, zu einem großen Teil von stolzer Ingenieurskunst angetrieben, stößt in der digitalen Moderne oftmals an seine Grenzen.

Polemisch könnte man sagen: Die Deutschen haben im 19. Jahrhundert das Auto erfunden, im 20.

Jahrhundert die Kernspaltung und im 21. Jahrhundert das Bürgergeld. Die seit einigen Jahren schrumpfende Bruttowertschöpfung der Unternehmen, die sinkende Zahl von Arbeitsstunden

pro Beschäftigten und ein Rückgang der Unternehmensinvestitionen sind ein beredtes Zeugnis.

Um die Ausrichtung des Staatshaushalts auf Investitionen zu finanzieren, müssen alle nicht prioritären Staatsausgaben zurückstehen.

Sozialleistungen sind auf den Prüfstand der Leistungsgerechtigkeit zu stellen und eigene Anstrengungen stärker zu belohnen.

Zurückstehen müssen, um das aber auch ganz klar zu sagen, Subventionen, nach denen es Teilen der Wirtschaft geradezu hemmungslos gelüftet. Ja, gerade die sogenannten Bodentruppen der Marktwirtschaft machen gerne die hohle Hand beim

Staat. So mag die von einigen Wirtschaftsvertretern geforderte Dreifaltigkeit aus billiger Energie, niedrigen Steuern und weniger Bürokratie zwar kurzfristig helfen, doch unsere Industrie in ihrer heutigen Größenordnung wird sich damit nicht konservieren lassen. Als Industriemuseum unter staatlichem Denkmalschutz wird Deutschland jedenfalls nicht überleben. Erst recht lassen sich durch spezifische Subventionen, für die es gerade vom noch amtierenden Wirtschaftsminister allerlei Angebote gegeben hat, keine zukunftsfähigen Strukturen schaffen.

Damit Deutschland wieder zu einer Erfolgsgeschichte werden kann, bedarf es aber noch weiterer Schritte wie einer angebotsorientierten Energiepolitik, einer

Hinwendung und Offenheit für neue Technologien wie Künstlicher Intelligenz, mit der sich in Staat und Unternehmen erhebliche Produktivitätsfortschritte erzielen lassen sollten. Ferner sollte angesichts des demographischen Wandels eine vermehrte Zuwanderung von qualifizierten Arbeitskräften sowie eine Verlängerung der Arbeitszeit pro Beschäftigten das Arbeitsangebot stabilisieren. Gegen Veränderungen der geopolitischen Lage hilft ein vertiefter Binnenmarkt, neue Handelsabkommen und eine bessere Verteidigungsfähigkeit. Gerade letzteres bedingt aber eine Aufrüstung der Bundeswehr, die auch eine Abrüstung des Wohlfahrtsstaates zur Folge haben muss. Weiterer Bestandteil einer erfolgreichen Wachstumsagenda wäre ein Steuersystem, das gleichermaßen Arbeit und Investitionen entlastet,

gleichzeitig aber Konsum und Grunderwerb stärker belastet.

Und last, but definitely not least, ein radikaler Abbau der Bürokratie. Aber nicht nur in Form von Lippenbekenntnissen wie in der Vergangenheit, sondern indem sich der neue Bundestag mindestens vier Sitzungswochen im Jahr – anstatt neue Gesetze zu beschließen – ausschließlich damit befasst, welche Gesetze und Verordnungen gestrichen oder zumindest vereinfacht werden können.

Bleibt die Frage: Wie halten wir es mit der Schuldenbremse? Da gibt es zum einen diejenigen, denen die institutionalisierte Sparsamkeit schon immer ein Dorn im Auge war und die nun die Lizenz

zum sorgenlosen Schuldenmachen als „Wirtschaftsprogramm“ im laufenden Bundestagswahlkampf anpreisen. Demgegenüber stehen die Verfechter der reinen Lehre, die trotz der Tatsache, dass Deutschland unter den großen westlichen Nationen mit 62 % des BIP die geringste Schuldenquote aufweist, gleichwohl die Handlungsunfähigkeit des Staates angesichts eines Übermaßes an Schulden heraufbeschwören.

Ich finde, die Schuldenbremse ist kein Selbstzweck, besonders wenn unsere Zukunftsfähigkeit aufgrund multipler Krisen vielerorts gefährdet ist. Sie zwingt uns aber Prioritäten zu setzen, was nicht einhergeht mit großen planwirtschaftlichen Versprechen. Sie im Gegenzug für einen weitreichenden Sanierungsplan

für Deutschland auf den Prüfstand zu stellen, halte ich für ratsam. Eine temporäre Lockerung erfordert jedoch strikte Leitplanken, damit die Mittel nur in produktive Bereiche fließen: etwa in Infrastruktur oder in Forschung und Bildung. Auch in Sicherheit muss investiert werden angesichts einer radikal veränderten äußeren Bedrohungslage und zusätzlicher Risiken im Inneren durch politischen Radikalismus und religiösen Fanatismus. Welch eine Paradoxie: Wer die Schuldenbremse aufweicht, muss die Kunst des Nein-Sagens beherrschen. Aber selbst bei einer temporären Lockerung müssen wir an unsere Partner im Euroraum denken. Würde man die Schuldenbremse dauerhaft aussetzen oder sie gleich ganz streichen, wäre das, als würde das in Bedrängnis geratene Deutschland seine letzten

Jetons auf den Tisch legen. Ich befürchte aber, dass wir – wie so oft in Deutschland – auch hier die Diskussion um ihrer selbst so gründlich betreiben, bis alle schlechte Laune haben.

Der Kampf gegen die Klimaerwärmung ist eine Notwendigkeit. Doch diesen Kampf gewinnt nur, wer der Welt ein überzeugendes Beispiel gibt, wie man technologisch, innovativ, vor allem aber wirtschaftlich eine Volkswirtschaft aus dem fossilen Zeitalter herausführt. So wie wir es in Deutschland anpacken, sehe ich offen gestanden, kein grünes Wirtschaftswunder, sondern die Gefahr einer Verlagerung von Industrieemissionen in andere Länder, mitsamt der Wertschöpfung. Gegen den Klimawandel brauchen wir, weil sich im Ziel die

allermeisten ohnehin einig sind, weniger Moralapelle, sondern einen schärferen Blick dafür, dass Ökologie am Ende nicht die ökonomischen Gesetze außer Kraft setzen kann.

Diese Themen werden zum Lackmüstest nicht nur für die Leistungsfähigkeit der neuen Bundesregierung, sondern vielmehr für alle politisch Handelnden in Deutschland. Was wir nicht brauchen, sind noch mehr siedierende Debatten, noch mehr altbekannte Analysen, sondern mutige Richtungsentscheidungen. Noch sind ein Mangel an Kompromissfähigkeit und ein Hang zum Dogmatismus die Hauptübel. Aber nur mit der Bereitschaft, Denkschablonen in Frage zu stellen und heilige Kühe nicht mehr unter Artenschutz zu stellen, bekommt Deutschland den notwendigen

Auftrieb. Kill your darlings oder um es mit Franz-Josef Strauss zu sagen: „Everybody´s darling is Everybody´s Depp.“

Man kann eine Energie- und Wirtschaftspolitik, die in den Mangel führt, nicht mit Subventionen richten.

Man muss sie ändern. Man kann der Aushebung des Rechts der Migration nicht mit markigen Worten und aktionistischen Messerverboten begegnen. Man muss die Herrschaft des Rechts wiederherstellen.

Eine Agenda 2030/2035 ist vonnöten, die als echte

Roadmap den Bürgerinnen und Bürgern und der

Wirtschaft Mut macht und das Vertrauen in unser

Land zurückgibt. Deutschland braucht eine

Regierung, die in großen Linien denkt und auch bereit

ist, diese durchzusetzen. Pragmatismus und

entschlossene Realpolitik sind gefragt sowie Mut zur Freiheit und zum Markt zu zeigen. All das wird Zeit kosten, vieles wäre unbeliebt, und der Gegenwind wird rau. Doch die Alternative – eine Fortsetzung der Politik kurzfristig gedachter Wohltaten für die Wählerinnen und Wähler – wäre fatal. Worum es geht, sind langfristige Weichenstellungen zum Wohle des Landes. Das ist es, was die bürgerlichen Parteien nun leisten müssen.

Friedrich Nietzsche hat gesagt: „Neue Wege entstehen, in dem wir sie gehen. Wer nicht will, findet Gründe. Wer will, findet Wege.“

Einer, der seinen Weg gefunden hat, ist Donald Trump, der baldige Führer der sogenannten freien

Welt, die zunehmend von ihren Ängsten überwältigt wird. Ihn glaubt jeder zu kennen, im Guten wie im Schlechten. Was der Republikaner, der jetzt mehr ist als nur ein Unfall der Geschichte, auch sagt und tut, ist Teil einer irrwitzigen und deshalb faszinierenden Personality-Show, neben dem alle anderen wie Statisten wirken. Nicht wenige sehen in ihm aber auch den empfindlichsten Seismographen unserer Epoche, da er früher als andere den gewaltigen Umbruch in den westlichen Industriegesellschaften erkannte. Während er im Wahlkampf 2016 die elitären Kreise mit seinen aggressiven Vorschlägen zur Bekämpfung der Migration erschreckte, propagierte Angela Merkel etwa zur gleichen Zeit ihre Willkommenskultur, wofür sie als Führerin der freien Welt gefeiert wurde.

Heute kontrolliert Deutschland seine Grenzen zu den Nachbarstaaten und Italien beabsichtigt Lager in Albanien einzurichten. Nichts verdeutlicht die Zeitenwende so wie die Ankündigung des polnischen Ministerpräsidenten Tusk, sein Land werde im Bedarfsfall das Asylrecht aussetzen. Ausgerechnet Tusk, der Hoffnungsträger der liberalen Demokratien, beabsichtigt einen Kurswechsel, für den Brüssel seinen rechtsnationalen Vorgänger geteert und gefedert hätte.

Die Lösung des Problems einer ungesteuerten Einwanderung sollte daher auch bei einer neuen Bundesregierung auf der Prioritätenliste ganz oben stehen. Insbesondere die unzureichende

Bekämpfung der illegalen Migration sowie der steigenden Ausländerkriminalität wird von vielen Menschen als Bankrotterklärung des Rechtsstaats wahrgenommen.

Will man nicht noch mehr Wählerinnen und Wähler an die Ränder verlieren, so gilt es genau hier anzusetzen. Respekt beginnt auch hier mit Zuhören, wenn sich z. B. Menschen durch die multikulturellen Veränderungen einer Einwanderungsgesellschaft fremd im eigenen Land fühlen. Er setzt aber auch den Respekt aller vor unserem Rechtsstaat voraus.

Dieser ist kein unverbindliches Angebot, bei dem jeder Bürger oder Migrant selbst entscheidet, was er daraus macht. Nur ein starker institutioneller Rahmen, der von einer starken Zivilgesellschaft getragen wird, sichert langfristig Wohlstand.

Wohlhabend und wehrlos ist eine gefährliche Kombination.

Zur Ehrlichkeit gehört bei allen

Begrenzungsdiskussionen allerdings auch, dass wir Migration brauchen und sich unsere Gesellschaft weiter deutlich verändern wird. Der von manchem gewünschte Rückweg in die Gartenzwerg-Idylle ist nicht nur unrealistisch, sondern wäre für Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Sozialsystem fatal.

Der Gegensatz zur grenzenlosen Vielfalt ist eben nicht triste Einfalt, sondern eine Pluralität mit verbindlichen Normen. Diese unterscheidet sich bewusst von der ungehinderten Entfaltung einer jeden Minderheit, ohne Rücksicht auf andere. Dies ist

eine falsch verstandene Form von Toleranz und kein Wesensmerkmal unserer Demokratie. Etwas, was unser öffentlich-rechtlicher Rundfunk auch einmal deutlicher betonen könnte.

Schaue ich in unsere Region und in die konkrete IHK-Arbeit, finde ich viele Konkretisierungen der vorgenannten Analyse. Im Bereich der klassischen Berufsbildung sehen wir – trotz massivem Fachkräftemangel – seit Jahren eine Stagnation, weil das Interesse junger Menschen an einer Berufsausbildung zurückgeht und durch die Demografie weniger Schulabgänger zur Verfügung stehen. Wir haben reagiert und engagieren uns in der Berufsorientierung und der Ausbildungsstellenvermittlung. Mit

Einstiegsqualifizierungen, Teilzeitausbildung, Externenprüfungen und Kompetenzfeststellungen tragen wir dazu bei, dass Menschen mit Migrationsgeschichte oder Menschen ohne Schulabschluss einen qualifizierten Berufsabschluss mit IHK-Qualität erhalten und in den Arbeitsmarkt gelangen. Einmal mehr sind die IHKs hier auch Reparaturbetrieb für ein unterperformantes Schulsystem.

Mit vielen Projekten und Initiativen berät die IHK ihre Mitgliedsunternehmen, um Fachkräfte zu finden, zu binden und zu entwickeln. Was mir persönlich in der Diskussion um die Fachkräftesicherung fehlt, ist eine gesamt-gesellschaftliche Diskussion um die Arbeitskapazitäten. Nach meiner Einschätzung

müssen wir wieder mehr arbeiten und wahrscheinlich auch länger, zumindest, wenn wir es körperlich können. Natürlich ist damit die Diskussion um die „Work-Life-Balance“ und das Renteneintrittsalter eröffnet, aber auch hier darf es keine Denkverbote geben.

Jetzt, im neunten Jahr meiner Amtszeit, bin ich froh, Präsident einer leistungsfähigen Industrie- und Handelskammer zu sein, die auf die aktuellen Entwicklungen reagiert, sich in den politischen Diskussionsprozessen im Interesse ihrer Mitgliedsunternehmen artikuliert und ein zuverlässiger Dienstleister der unterschiedlichen Branchen ist. Manches geht noch digitaler, das wissen wir, aber wir sind auf einem guten Weg. Und

daher möchte ich die Gelegenheit nutzen, mich im Namen aller Mitgliedsunternehmen beim ganzen IHK-Team für Ihr professionelles Engagement im abgelaufenen Jahr bedanken.

Schauen wir nun in die internationale und europäische Politik und kommen damit zu unserem heutigen Gastredner.

Für mich wirkt der neue und alte amerikanische Präsident als Beschleuniger auf dem Weg zu einer multipolaren Welt. Und wenn Europa dabei eine Rolle spielen will, muss es sich sputen. Seine Entwicklung erinnert an den Frosch, der träge im Wasser sitzt, derweil die Hitze unablässig steigt. Im Augenblick übergeht die große Politik eher die Alte Welt wie

einen exquisiten Antiquitätenmarkt, da sich Europa quasi selbst von der Weltgeschichte in die Niemandposition zurückgezogen hat. Unser Kontinent neigt zunehmend vor lauter Selbstbespiegelung und Lust an der moralischen Selbstkritik dazu, sich selbst zu marginalisieren und aus dem Spiel zu nehmen. In einer zunehmend unfriedlich und von autokratischer Machtpolitik geprägten Welt stellen wir uns bereitwillig selbst an den Pranger, um die alleinige Schuld an den Übeln der Welt zu übernehmen.

Dabei ist die europäische Gemeinschaft von Beginn an ein Erfolgsrezept, dessen Licht man nicht unter den Scheffel stellen sollte. Es braucht eher mehr davon, zum Beispiel eine gemeinsame Außen- und

Sicherheitspolitik sowie eine gemeinsame Energie- und Digitalpolitik.

Man mag dieser Tage von Europa aus überheblich auf Amerika blicken, doch haben die USA gerade eine Regierung gewählt, deren Schlagkraft größer ist, als vielen lieb sein dürfte. Bereits am Wahlabend waren die Verhältnisse abschließend geklärt. In Europa hingegen breitet sich eine Seuche aus, dass Wahlen anders als im demokratischen Drehbuch vorgesehen keine Entscheidungen bringen: Fehlende Mehrheiten, komplizierte Koalitionsverhandlungen und Regierungspartner, die nicht zusammenpassen, sind die Folge.

Die Rückkehr der Machtpolitik betrifft auch die Wirtschaft. Der Welthandel wird politisch. Darauf sollte Europa reagieren. Jedoch nicht wie bisher mit einer umfassenden Industriepolitik der Geldtöpfe, sondern mit klugen, zielgerichteten Interventionen, die die europäische Wirtschaft sicherer und widerstandsfähiger machen. Ferner einem dynamischen Ansatz in der Wettbewerbspolitik sowie einer Sandkastenregulierung, die Neues nicht von vornherein durch Regulierung erstickt, sondern junge Unternehmen wachsen lässt. Was wir darüber hinaus brauchen, ist eine transatlantische Vorwärtsstrategie. Wenn sich schon Ost und West den politischen Primat einer teuren wirtschaftlichen Entkoppelung leisten, dann müssen sie wenigstens untereinander die Vorteile der internationalen Spezialisierung und

des möglichst ungehinderten Handels nutzen, um den globalen Systemwettbewerb gewinnen zu können. Ein Handelsabkommen, das die transatlantische Wirtschaftsbeziehung stärkt, ungesunde amerikanische Chlorhühnchen hin oder her, ist keine Bedrohung, sondern eine Versicherung gegen Wohlstandsverlust, zumal die notwendigen Vorarbeiten dazu längst in der Schublade liegen. Ein Binnenmarkt der demokratischen Kräfte sozusagen.

Meine Damen und Herren, es ist nun für mich eine Freude und eine Ehre, mit Xavier Bettel den stellvertretenden Premierminister und amtierenden Minister des Großherzogtums Luxembourg für auswärtige und europäische Angelegenheiten,

Verteidigung, Entwicklungszusammenarbeit und Außenhandel zu begrüßen.

Sehr geehrter Herr Minister, Sie tragen in einem Land Verantwortung, welches gleich von drei Staaten mit Regierungen ohne Mehrheit umgeben ist: von Frankreich, dessen vierte im Jahr 2024 eingesetzte Regierung erst kurz vor Weihnachten im Amt vereidigt wurde; von Deutschland, das sich mitten in einem vorzeitigen Bundestagswahlkampf befindet; sowie Belgien, in dem es seit Jahren eine quasi geschäftsführende Regierung gibt. Wer, wenn nicht Sie, wäre in der Lage, uns eine profunde Einschätzung der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik geben zu können. Gleichzeitig sind wir natürlich auch an Ihrem externen Blick auf die

politische Situation Deutschlands und Ihre Wünsche an eine neue deutsche Regierung interessiert.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch wenn meine Rede nun doch einiges an Molltönen für Sie bereithielt, bin ich persönlich für 2025 vorsichtig optimistisch gestimmt. Die Erfahrung von Wandel und Verlust ist nicht neu. Die Zukunft, meine Damen und Herren, gehört weder den Nostalgikern noch den Apokalyptikern. Sie gehört denen, welche die realen Probleme anpacken und die Menschen dabei mitnehmen, ohne dauererhobenen Zeigefinger und ohne populistischen Krawall. So lassen die jüngsten Äußerungen von Beteiligten, einschließlich des neuen US-Präsidenten, im Ukraine-Krieg zumindest ein Ende der Kampfhandlungen erwarten. Auch der

gewaltsame Konflikt im Nahen Osten strebt dem Ende entgegen, da Israel nahezu alle militärischen Ziele erreicht haben dürfte und es dem Regime in Teheran zunehmend an Kraft fehlt. Selbst aus dem Trump-Lager kamen jüngst in Sachen Handelspolitik erste Entspannungssignale. Und auch die neue Bundesregierung – soweit sie sich aus den Farben der Mitte zusammensetzt – wird wissen, was die Stunde geschlagen hat und wesentliche Richtungsentscheidungen bei den Themen Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft und Migration treffen. Und daher lassen Sie uns von Angst auf Neugier umschalten. Denn das Leiden der Vergänglichkeit ist bisweilen nur ein Zeichen für eine sich bessernde Gegenwart.

Schließen möchte ich meine Rede mit einem geradezu rheinischen Bonmots von Winston Churchill:

„Ein Optimist sieht eine Gelegenheit in jeder Schwierigkeit; ein Pessimist sieht eine Schwierigkeit in jeder Gelegenheit.“

Lassen Sie uns also Optimisten sein. In diesem Sinne bedanke ich mich für Ihre Aufmerksamkeit.